



## Medienmitteilung

Datum 28. August 2014

---

### **Die zunehmende Zahl älterer pflegebedürftiger Menschen beschäftigt Bund und Kantone**

**Bund und Kantone haben sich im Rahmen des «Dialogs Nationale Gesundheitspolitik» über die Herausforderungen in der Langzeitpflege ausgetauscht. Der Bundesrat ist daran, dazu eine Strategie auszuarbeiten. Thema des Treffens war zudem die nationale Konferenz zur koordinierten Versorgung Anfang 2015.**

Der Anteil der über 65-jährigen Menschen in der Schweiz wird laut Prognosen des Bundesamtes für Statistik von 2010 bis 2030 von 17,1 auf 24,2 Prozent zunehmen. Im selben Zeitraum soll die Zahl der älteren pflegebedürftigen Personen von 125'000 auf über 180'000 zunehmen, schätzt das Schweizerische Gesundheitsobservatorium. Dadurch werden sich die Kosten für Spitex-Dienste und Pflegeheime vervielfachen. Zu den finanziellen Fragen hinzu kommen gesellschaftliche, etwa wie die Pflegebedürftigen betreut werden sollen und welche Rolle dabei die Angehörigen spielen können.

Um dieser Herausforderung zu begegnen, hat der Bundesrat beschlossen, eine Strategie zur Langzeitpflege zu formulieren. Er nimmt damit ein 2012 eingereichtes Postulat des Parlaments auf. An der Sitzung des „Dialogs Nationale Gesundheitspolitik“ wurde besprochen, welche Herausforderungen die Langzeitpflege für Bund und Kantone darstellt, welche Strategien und Lösungsansätze sie vorsehen und wie die Zusammenarbeit ausgestaltet sein könnte. Ziel ist, 2015 einen Massnahmenkatalog vorzulegen.

Diskutiert wurden im Zusammenhang mit der Anfang 2011 neu geregelten Pflegefinanzierung Fragen zur Erfassung des Pflegebedarfs und der Restfinanzierung der Kantone. Die Vertreter von Bund und Kantonen besprachen, ob und wie die Umsetzung optimiert werden könnte.

Thema der Sitzung war zudem die nationale Konferenz Gesundheit2020 zur koordinierten Versorgung, welche von Bund und Kantonen organisiert und Anfang 2015 stattfinden wird. Dabei werden unter anderem die Notfallversorgung von älteren Menschen und der Umgang mit Patientinnen und Patienten mit chronischen Erkrankungen thematisiert. Ziel ist, mit einer besseren Zusammenarbeit von Gesundheitsfachleuten und Institutionen die medizinische Versorgung besser abzustimmen. Insbesondere Fehlbehandlungen und unnötige Belastungen sollen so vermieden und damit Kosten gespart werden.

Die Sitzung des „Dialogs Nationale Gesundheitspolitik“ vom 28. August 2014 war die erste unter dem neu zusammengesetzten Vorstand der Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren (GDK), der vom Berner Gesundheits- und Fürsorgedirektor Philippe Perrenoud präsidiert wird.

**Weitere Auskünfte:**

- Bundesamt für Gesundheit, Kommunikation, Tel. 031 322 95 05, [media@bag.admin.ch](mailto:media@bag.admin.ch)
- GDK, Stefan Leutwyler, stv. Zentralsekretär, Tel 031 356 20 20, [stefan.leutwyler@gdk-cds.ch](mailto:stefan.leutwyler@gdk-cds.ch)